Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post 22.50 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 40 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Nieder-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4604.

Nr. 352. Halle, Freitag, den 30. Juli 1920. **Einzelpreis 30 Pfg.**

Warum der Waffenstillstand nicht zustande kommt...

Lenin, Trotzki und Krassin.

er. Berlin, 30. Juli 1920.

Ein ausgezeichneter Kenner des neuen Rußlands schreibt mir aus Stockholm, 28. Juli: Es ist in der Weltgeschichte nicht das erste Mal, daß ein Waffenstillstand angesagt, versprochen, ja vereinbart wird und dann doch nicht eintritt. Statt des Waffenstillstandes zwischen Moskau und Warschau erlebt die Welt blutige Entscheidungsschlachten auf der ganzen russisch-polnischen Front. Wer die Heeresberichte der kämpfenden Parteien verfolgt, der wird beobachtet haben, daß die roten Truppen den Befehl der Waffenruhe nur stellenweise befolgen. Sie tun es nur da, wo ein Zivilkommissar den betreffenden Heerführer veranlaßt, auf Lenins Depeschen etwas zu geben. Aber auch nicht alle bolschewistischen Kontrollspitzel hören auf Lenin. Viele halten sich an Trotzki. und Trotzki und Lenin sind nicht einig. Trotzki ist der mutigere. Er will den Sieg seiner Generale ausnützen bis zum Einmarsch in Warschau und bis zur Durchstoßung des polnischen Korridors, also bis zur gründlichen „Fühlungnahme mit Deutschland". Er fragt den Teufel nach den englischen Drohungen und nach der französischen Hilfe für Polen. Er wünscht, daß die russischen Truppen das Bewußtsein des Sieges auskosten und, soweit sie nicht bolschewistisch, sondern nur national gesinnt sind, sozusagen durch die Wollust des militärischen Erfolges dem Laster des Sowjetsystems verfallen. Lenin ist weitsichtiger und versteht sich besser auf die Menschennatur. Er fürchtet den kriegerischen Ruhm, weil siegreiche Truppen in der Hand ihrer Generale der zu Hause gebliebenen Regierung noch immer gefährlich geworden sind. Braucht nur einer dieser Generale, sagen wir einmal: der Eroberer Warschaus, seinen bolschewistischen Aufsichtsmann abzuschütteln, und ein neuer, diesmal aber siegreicher Koltschak oder Denikin ist fertig. Er wirft sich zum Retter des Vaterlandes auf, marschiert an der Spitze seiner Truppen als Diktator nach Hause, reißt die anderen Armeen mit sich, und um die „Zivilistenbande" in Moskau ist es geschehen. Das alles sieht der kluge Lenin voraus, und Radek, der ebenfalls eine psychologische Ader hat, soll ihm beigepflichtet haben. Auf der anderen Seite, bei Trotzki, stehen Simowjew und Litminow, sodaß also die Sowjetregierung zurzeit in zwei streitende Lager gespalten ist. Der Streit zeigt sich auch in der Behandlung des Sowjetabgesandten Krassin, der in Stockholm auf das englische Stichwort wartet, um zu neuen Handelskonferenzen nach London zu reisen, wobei ihn die stille Hoffnung beseelt, schließlich noch die größere Rolle des Friedensunterhändlers zu spielen. Aber eben dies wollen seine persönlichen Gegner und Neider in Moskau nicht, die zugleich die unversöhnlichen Feinde Englands sind, nämlich Trotzki und sein Anhang. Sie haben ihm deshalb für die neue Englandfahrt den Genossen Kamenew vor die Nase gesetzt, der dafür sorgen soll, daß Krassin nicht zu mächtig und England nicht zu erfolgreich werde. Aber letzten Endes hängt doch alles vom englischen Machtgebot ab. Das weiß auch wieder nur der weitsichtige Lenin und nicht der trotzige Trotzki. England arbeitet mit Peitsche und Zuckerbrot. Die Peitsche ist bereitgelegt durch die zugesagte Unterstützung der Polen, falls der Waffenstillstand nicht zustande kommt. Das Zuckerbrot wird gereicht in einer neuen Note, die in Boulogne beschlossen wurde. In dieser Note übersieht die Entente geflissentlich die Trotzkische „Impertinenz" — Trotzki hatte die Unterwerfung des polnischen Generals Wrangel verlangt — und geht freundlich auf das Erstaunen Lenins ein, warum die englisch-russischen Handelsverhandlungen abgebrochen worden seien. So wird gewissermaßen Lenin gegen Trotzki ausgespielt. Krassins scheint man in London schon ganz sicher zu sein. Er gilt dort nicht als Bolschewist und er ist es ja auch im Grunde nicht. Kommen die Menschewiki in Rußland wieder ans Ruder, so wird Krassin seine Stellung in der Regierung nicht verlieren. Darauf rechnet man sehr in England. Denn die Abmachungen Krassins behalten nur dann ihre Kraft und Gültigkeit, wenn er mit seiner Person die Brücke zwischen dem jetzigen und dem künftigen Rußland bildet. Es ist sehr schön und großmütig von Lenin, daß er, obwohl er, wie es heißt, selber bereits heimlich die Koffer packt, seinem Freunde Krassin die Stange hält, der vielleicht — sein Nachfolger wird. Jedenfalls wünscht man in London, Herrn Krassin wiederzusehen und man würde es am liebsten sehen, wenn er den polnisch-russischen Frieden zustandebrächte.

Der deutsche Kohlenlieferungsplan.

Berlin, 29. Juli.

In einer heute im Verbandshause der deutschen Ingenieure stattfindenden Versammlung des Reichskohlenrats sprach der Reichskohlenminister Geheimrat Stutz über die Aufstellung des deutschen Lieferungsplanes auf Grund des Kohlenabkommens von Spa. Geheimrat Stutz führte aus, um die Forderungen der Entente zu erfüllen, müßten zwei Tatsachen von uns berücksichtigt werden, erstens müßten wir klare, durchsichtige Lieferpläne aufhellen, zweitens müßte danach gestrebt werden, die deutsche Wirtschaft zu bewegen, Kohlen nach Möglichkeit abzustoßen, ohne ihre eigene Existenz zu gefährden. Heute sei bereits mit der Entente ein Lieferplan besprochen worden. Es ergebe sich nun die Frage, welche Verbrauchergruppen zu kürzen seien. Ein kleiner Abstrich würde bei der Eisenbahn vorgenommen. Für die Gaswerke würde die Kontingentierung auf 70 Prozent des Lieferungsvertrages 1917 und 18 zurückgesetzt. Die Ausfuhr (außerhalb der Lieferungen an die Entente) würde gegen Mai von 232 000 Tonnen auf 106 000 Tonnen vermindert. Bei der Schweiz und bei Holland würden die Mindestgrenzen eingehalten. Andere Neutrale könnten überhaupt nicht mehr beliefert werden. Die Industrie und die Hüttenzechen würden im August 641 000 Tonnen Steinkohlen und 96 000 Tonnen Braunkohlen weniger als bisher erhalten.

Es ergebe sich als selbstverständlich, daß unsere Kohlenversorgung auf eine breitere Basis gestellt werden müßte. Dazu könnte auch eine gesteigerte Ausbeutung und Verwendung von Torfen dienen.

Ferner müßte mit allen Mitteln an die Verbesserung der Wärmewirtschaft gedacht werden. Die Heizvorrichtungen der Industrie bedürften in dieser Beziehung einer ernsthaften Nachprüfung. Schon viel sei auf beiden Gebieten getan worden, aber es bleibe noch viel zu tun übrig. Die Herstellung aller überflüssigen Produkte, vor allem von Ersatzstoffen, die nicht mehr nötig seien, und von Luxusgegenständen sei einzuschränken.

Als günstig sei ein Zusammenschluß der Industrie zu Lieferungsverbänden zu bezeichnen. Gute Erfahrungen hätte man in dieser Hinsicht bereits mit den Zementverbänden gemacht. Ferner läßt sich eine stärkere Einschränkung des Lichtverbrauchs in den Großstädten nicht umgehen. Besonders in Berlin sei noch viel zu tun und die langen Polizeistunden könnten nicht auf die Dauer aufrecht erhalten werden. Die Lichtfülle Berlins und die langen Polizeistunden hätten viel dazu beigetragen, die Stimmung der Franzosen in Spa gegen uns zu verschärfen, die immer wieder betont hätten, daß Paris im Dunkel liegen müßte, während Berlin in blendendes Licht getaucht sei.

Die Mitteilung über Kohlenverschiebungen nannte der Reichskohlenkommissar bedeutend übertrieben. Daß viel über die Grenze gekommen sei, bezeichnet er als unzutreffend. Vor Monaten schon hätten Schiebungen nach Holland festgestellt werden können. Sie seien jedoch sofort bemerkt und unterbunden worden und hätten jetzt vollständig aufgehört. Die Verschiebungen im Innern könnten gleichfalls nicht als beträchtlich bezeichnet werden. Nur zwei große seien ihm bekannt, erstens, das sogenannte Sonntagsschichtenabkommen in Oberschlesien — das hätte man erwartet, aber es sei nicht zu verhindern, da die Entente in Oberschlesien allein das entscheidende Wort zu sprechen hätte, — zweitens ein angebliches Angebot an Polen aus dem Westen. Dies scheine von der Entente auszugehen und es handelte sich nur um ein Angebot, nicht um Lieferung.

Zusammenfassend meinte der Kohlenkommissar, daß die Schiebungen nicht einmal ein Prozent der Förderung ausmachen würden und daß sie meist minderwertige Brennstoffe umfaßten. Er schloß mit den Worten, daß der gute Wille, die Lieferungen an die Entente durchzuführen, vorhanden sei, und daß das Können sich erst zeigen müßte.

Die Kosten der Okkupation.

Berlin, 29. Juli. Im Hauptausschuß des Reichstages teilte bei dem Titel Vermögensverwaltung für die besetzten rheinischen Gebiete Abg. Stücklen (Sozialdemokrat) als Referent mit, daß dort 150 000 Mann fremde Truppen sich befinden und etwa 94 Delegierte der Rheinland-Kommission mit ihrem Troß, deren Kosten das Reich bezahlen müsse. Dazu kämen die für den hohen Ausschuß eingesetzten Kosten von 20 Millionen Mark. Bis Ende April 1920 seien von uns bezahlt worden: 1783 Millionen Mark in bar, außerdem an unmittelbaren Leistungen 1565 Millionen, insgesamt 3348 Millionen. Die Ansprüche der fremden Offiziere auf Wohnungen und deren Ausstattungen wären außerordentlich hohe. Der Delegierte der Rheinland-Kommission habe eine Zehn-Zimmer-Wohnung und für deren Ausstattung 28 000 Mark verlangt, während dessen Gemahlin dann noch weitere Forderungen gestellt habe. So müßte das Reich an den finanziellen Ruin gebracht werden.

Der Reichsminister von Raumer betonte gegenüber diesen Ausführungen, daß in der Tat die Frage aufgeworfen werden müsse, wie Deutschland die Wiedergutmachungskosten tragen solle, wenn für die Besatzung des besetzten Gebietes eine so unberechenbare hohe Summe ausgegeben werden müßte. Eine Verringerung der Truppen würde unsere Lasten abzumildern geeignet sein.

Abg. Korell (Dem.) besprach die Verhältnisse im besetzten Gebiet aus eigenen Anschauungen und schilderte sie, infolge des rücksichtslosen Vorgehens der französischen Besatzungstruppen als außerordentlich schlimm. Die Abneigung gegen das Vorgehen der französischen Militaristen in allen Kreisen des rheinischen Volkes sei stark im Wachsen begriffen. Von Abtrennungsbestrebungen könne keine Rede sein.

Abg. Müller-Franken (Soz.) regte an, daß das Vorgehen der Franzosen in den besetzten Gebieten vorliegende Material zusammengestellt und in einer Broschüre gesammelt auch in anderen Ländern verbreitet wird. Abg. Mumm (Deutschnat.) fordert eine einmütige Stellungnahme des Reichstags gegen die schwarze Schmach. Entsprechende Resolutionen wurden angenommen, doch stimmten gegen das Verlangen, die schwarzen Truppen durch weiße zu ersetzen, die unabhängigen Sozialdemokraten. Die Mitteilungen im Haushaltsausschuß über die Millardenausgaben für das französische Besatzungsheer im Rheinland werden zum Gegenstand einer Aussprache im Plenum gemacht werden. Sodann wurde der Etat für das Reichsministerium des Auswärtigen genehmigt.

Kleine Anfragen.

Berlin, 30. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Der unabhängige Abgeordnete Lipinski hat folgende kleine Anfrage im Reichstage eingebracht: In dem Depot speciale Avignon (Rhone) werden noch gegen 400 Kriegsgefangene festgehalten, die wegen Disziplinarvergehens zu mehrjähriger Zwangsarbeit verurteilt sind und bei denen die Gefahr besteht, daß sie seelisch und körperlich zugrundegehen. Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die Befreiung dieser Gefangenen zu erreichen oder ihr Schicksal zu erleichtern? — Zahlreiche demokratische Abgeordnete haben folgende Interpellation eingebracht: Ist die Reichsregierung in der Lage und bereit, Auskunft zu geben 1. über die Höhe der durch die Besetzung der Rheinlande erwachsenden Kosten, 2. über die Behandlung der Bevölkerung durch die Besatzung und die der Tätigkeit des Reichskommissars bereiteten Hemmungen, 3. über Maßnahmen zur Herbeiführung der Rückkehr der wegen Abwehr separatistischer Bestrebungen Ausgewiesenen? Was gedenkt die Reichsregierung gegenüber der durch französische Staatsmänner geäußerten Absicht der Lostrennung des besetzten Gebietes vom Deutschen Reiche zu tun?

Minister Dr. Simons über Deutschlands Neutralität im Osten.

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons veröffentlicht im Augustheft der Deutschen Nation einen Aufsatz über Deutschlands Neutralität im Osten, aus dem wir bereits jetzt folgendes wiedergeben in der Lage sind:

„Die Krisis im Osten ist über die Grenzen Polens und über die unseren hinweg zu einer gesamteuropäischen Frage von allergrößter Bedeutung geworden.. Wohin das Schicksal auch die Folgen der Krisis lenken mag, eins steht für Deutschland fest: Die durch die Erklärung des Reichspräsidenten vom 20. Juli feierlich verkündete Neutralität.

Die Erklärung der Neutralität schafft an sich keinen neuen Zustand, sondern nur eine rechtsverbindliche Bestätigung mit beiden der kriegführenden Parteien, die sich an seiner Ostgrenze gegenüberstehen, im Frieden.

Die Neutralität ist eine freiwillige Selbstbeschränkung, die dem, der sich durch sie gebunden erklärt, in gleicher Weise Recht und Pflichten auferlegt. Die Rechte bestehen darin, daß der neutrale Staat als Gegenleistung für seine Zurückhaltung von den Kriegführenden eine Respektierung seiner Grenzen erwarten darf. Die Pflichten erstrecken sich auf eine völlig gleiche unparteiische Behandlung der beiden kämpfenden Parteien. Diese Unparteilichkeit findet ihren Ausdruck vor allem darin, daß der neutrale Staat sein eigenes Gebiet nicht zu Gunsten eines der beiden kriegführenden hergibt. Die Kompliziertheit der Lage, in der sich Deutschland hinsichtlich dieser Frage steht, ergibt sich aus der Stellungnahme der Ententemächte zu Rußland und Polen. Diese sind nicht in dem Sinne neutral wie wir. Denn sie haben sich nicht auf einen Standpunkt gestellt, der unsere Erklärung vom 20. Juli entsprechen würde, sondern lassen dem polnischen Staat offen und unverhüllt ihre Unterstützung zuteil werden.

Für Deutschland wird die Frage der Stellungnahme der Entente in dem Augenblick akut, indem diese den Gedanken einer militärischen Hilfeleistung für Polen zur Ausführung zu bringen versucht. Es entsteht die Frage: Dürfen oder müssen wir eine solche Hilfsaktion, die deutsches Gebiet berühren würde, zulassen? Die geographische Lage Deutschlands läßt keine Zweifel daran, daß es das natürliche Etappen- und Aufmarschgebiet für derartige Zwecke wäre. Verpflichtet sind wir in keiner Weise, Wünsche der Entente, die in dieser Richtung gehen, zu erfüllen. Es steht uns zwar frei, Waffen und Munition zu liefern, doch sind wir hierin, abgesehen von Ausfuhrverboten des Friedensvertrages, von nichts anderem abhängig, als von unseren eigenen Entschlüssen. Den Durchmarsch von Truppen zu gestatten, sind wir nach unserer Neutralitätserklärung nicht berechtigt; denn eine solche einseitige Vergünstigung für einen der beiden Gegner würde einen Neutralitätsbruch unserseits bedeuten. Desgleichen wäre es eine Verletzung unserer Neutralität, wenn man uns durch Druckmittel irgend eines Zwanges dazu veranlassen wollte, einen Durchmarsch zu erlauben.

Wir Deutsche haben keinen Grund, einen der kriegführenden Mächte schlechter zu behandeln als die anderen. Unser Lebensinteresse als Nation erfordert es, daß wir den klar umgrenzten Boden unserer strikten Neutralitätserklärung nicht verlassen. Hieran muß mit allem Nachdruck und aller Entschiedenheit festgehalten werden. Verfehlt wäre es, sich in dieser Hinsicht in eine leichtgläubige Sicherheit wiegen zu lassen. Die Lage ist, nach jeder Richtung gespannt."

Unruhen in Danzig.

Danzig, 29. Juli. Gestern abend war die Ruhe wieder hergestellt. General Hayking, der Oberkommandierende der Besatzungstruppen, empfing abends die Vertreter der Danziger Presse und widerlegte eine Nachricht des Blattes der unabhängigen sozialdemokratischen Partei, nach der 22 englische Soldaten wegen verweigerter Entladung des für Polen bestimmten Munitionsdampfers „Triton" in Haft gesetzt sein sollten. Diese Meldung habe die Menge veranlaßt, den Versuch zu unternehmen, die verhafteten Soldaten zu befreien. Die Demonstrationsversammlung war wegen des zu hohen Steuersatzes und der ständig steigernden Verteuerung der Lebensmittel veranlaßt worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200730035/fragment/page=0001

Die Eisenbahner gegen die Verletzung der Neutralitätspflicht.

Dresden, 20. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnarbeiter und Anwärter, Landesstelle Sachsen, und die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, Landesverband Sachsen, richten an alle Eisenbahnarbeiter und Beamten die Aufforderung, unter keinen Umständen eine Verletzung der Neutralitätspflicht zuzulassen und mit allen gewerkschaftlichen Mitteln fremde Truppentransporte zu verhindern.

Weitere tschecho-slowakische Truppendurchzüge.

Cuxhaven, 29. Juli. Heute trafen in Altenbruch 700 Tschecho-Slowaken mit dem Dampfer „Valencia" und 3500 mit dem Dampfer „Minnekada" ein. Sie werden morgen in Sonderzügen weiterreisen.

Das deutsch-holländische Kohlenabkommen.

Haag, 29. Juli. Korr.-Büro. In den von dem Ausschuß der ersten Kammer über das Kredit- und Kohlenabkommen gemachten Bemerkungen erklärt die niederländische Regierung, daß die Besprechungen in Spa an Deutschlands Handelsfreiheit gegenüber Holland nichts geändert haben. In einem Brief erklärt der deutsche Reichskanzler Fehrenbach ausdrücklich, daß seine Regierung voll und ganz bereit sei, die vertraglichen Verpflichtungen ihrer Vorgängerin zu erfüllen. Bezüglich der Ausführung des Kohlenabkommens sind keine internationalen Verwicklungen zu befürchten.

Der Schiedsspruch im Bankgewerbe.

Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über die Schaffung eines Reichstarifes für die deutschen Bankbeamten sind am 24. Juli durch Verkündung eines Schiedsspruches zu einem vorläufigen Abschluß geführt worden. Die Einkommensätze der Bankgehilfen betragen im 20. Lebensjahr 9120 Mk., jährlich steigend in 20 Berufsjahren auf 13 800 Mk., für Bankangestellte beginnend im 20. Lebensjahr mit 10 020 Mk. und steigend in 20 Berufsjahren normal auf 16 500 Mk., bei den Bankangestellten für höhere Arbeiten bis auf 18 000 Mk. Die Einkommensätze der gewerblichen Angestellten (wozu insbesondere die Kassenboten gehören) betragen im 20. Lebensjahre 8100 Mk. und steigen nach 30 Dienstjahren auf 13 800 Mk. Für Büroburschen sind im 14. Lebensjahr 3600 Mk., jährlich steigend bis zum zwanzigsten Lebensjahr auf 6600 Mk. festgesetzt. Die in den vorstehenden Einkommensätzen enthaltene jährliche Teuerungszulage beträgt 4800 Mk., jedoch nicht mehr als die Hälfte des Mindestjahresgesamteinkommens. Bei weiblichen Angestellten ermäßigt sich die Teuerungszulage um jährlich 1200 Mk., während im übrigen ihre Bezüge die gleichen wie bei den männlichen Angestellten sind, so daß ihr Mindestjahreseinkommen um 1200 Mk. hinter dem ihrer männlichen Kollegen zurückbleibt. Zu den Mindestjahresgehältern treten noch bei verheirateten männlichen Angestellten Jahreszuschläge von 1800 Mk. und bei solchen mit Kindern Kinderzulagen im Betrage von 720 Mk. bis 1080 Mark jährlich für jedes Kind, je nach dem Alter des Kindes. Für das Mitbestimmungsrecht sind die gesetzlichen Bestimmungen maßgebend. Die reine Arbeitszeit ist auf 43 Stunden wöchentlich festgesetzt. Die Vergütung für Ueberstunden regelt sich nach Prozentsätzen des Jahreseinkommens, die zwischen 0,425 bis 0,5 vom Tausend schwanken. Ferner ist für Angestellte, die Jünger als zwölf Jahre sich im Dienste einer Bank befinden, die Kündbarkeit für die Dauer eines Jahres beschränkt. Der Tarifvertrag soll am 1. Aug. 1920 beginnen und erstmalig zum 31. Dezember 1920 kündbar sein.

Der Schiedsspruch ist mit den Stimmen der drei Unparteiischen und der Arbeitnehmerbeisitzer zustande gekommen. Die Arbeitgeberbeisitzer haben gegen den Schiedsspruch gestimmt.

Internationaler Bergarbeiterkongreß.

Einer Meldung des „Berl. Tagebl." aus Genf zufolge haben sich zur Teilnahme an der am Montag beginnenden internationalen Bergarbeiterkonferenz bisher 70 Engländer, 35 Deutsche, 25 Franzosen, 15 Belgier, 1 Oesterreicher und 1 Ungar angemeldet. Auf der Tagesordnung stehen die von den Engländern vorgeschlagene Nationalisierung der Bergwerke in allen Staaten und die zwei deutschen Vorschläge, nämlich internationale Verteilung der Kohlen und Einführung des Sechsstundentages.

Haftentlassung Bela Khuns.

Berlin, 29. Juli. Am 20. d. M. ist der Transport kriegsgefangener Russen, bei dem sich zwei politische Persönlichkeiten, darunter Bela Khun befanden, in Stettin angehalten worden.

Am 22. d. M. hat der ungarische Vertreter in Berlin angekündigt, daß die ungarische Regierung einen Antrag auf Auslieferung Bela Khuns stellen werde. Seitdem ist eine Woche verflossen, ohne daß der Antrag bei der deutschen Regierung eingegangen wäre. Da es nicht angängig erschien, den vorläufig in Haft genommenen Personen ohne rechtliche Grundlage weiter die Freiheit vorzuenthalten, hat die deutsche Regierung beschlossen, die Abreise Bela Khuns und seiner Begleiter in das von ihnen selbst gewählte Ausland nicht länger zu verhindern.

Die wichtigsten Bestimmungen der Pachtschutzordnung.

Von

Rechtsanwalt Dr. Schreiber, Halle a. S.

Mitglied der Preußischen Landesversammlung.

Die Umwertung aller Werte, die wir in Deutschland seit dem unglücklichen Ausgang des Krieges beobachten, hat zu Unträglichkeiten auch auf dem Gebiete des Pachtwesens geführt. Pachtverträge pflegen auf lange Frist abgeschlossen zu werden. Eine große Anzahl von ihnen läuft daher noch aus einer Zeit, in welcher der Pachtzins die volle Kaufkraft der Goldmark besaß. Heute zahlt der Pächter den Zins dagegen in Papiergeld. Dadurch geraten alle diejenigen Verpächter in eine äußerst schwierige Lage, die darauf angewiesen sind, ihren Lebensunterhalt aus dem Zins ihres verpachteten Grundbesitzes zu bestreiten. Ihre Ausgaben haben sich um ein Vielfaches erhöht; ihre Einnahmen aber haben sich den veränderten Wirtschaftsverhältnissen nicht angepaßt. Andererseits hat der bisherige Zustand für die Pächter die große Gefahr, daß die Verpächter bei Erneuerung der Pachtverträge unter Ausnutzung der gegenwärtigen Konjunktur übermäßige Pachtpreise forderten oder gar ohne zwingenden Grund die Erneuerung der Pachtverträge ablehnten und dadurch dem Pächter die Grundlage seiner wirtschaftlichen Existenz entzogen.

Alle diese Mißstände will die am 20. Juli 1920 in der Gesetzsammlung verkündete Pachtschutzordnung der preußischen Regierung entgegenwirken. Die Vorschriften der Pachtschutzordnung gelten nur für solche Grundstücke, die zum Zwecke landwirtschaftlicher oder gewerbsmäßiger gärtnerischer Nutzung verpachtet oder verliehen sind. Das Pachtverhältnis wird unter Kontrolle des Pachteinigungsamts gestellt; das Pachteinigungsamt kann indessen nur dann angerufen werden, wenn das Verhalten eines Beteiligten sich entweder als wucherische Ausbeutung oder unter Berücksichtigung der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse als eine schwere Unbilligkeit darstellt oder wenn das Verhalten eines Beteiligten zur Folge haben würde, daß der andere Teil in eine wirtschaftliche Notlage gerät. Das Pachteinigungsamt kann bei Grundstücken jeder Größe die Leistungen aus dem Pachtvertrage anderweit festsetzen, wenn dieselben unter den veränderten Verhältnissen nicht oder nicht mehr gerechtfertigt sind. Bei Grundstücken unter 2½ Hektar — und nur bei diesen — kann das Pachteinigungsamt außerdem bestimmen,

1. daß Kündigungen unwirksam werden und daß gekündigte Verträge bis zur Dauer von zwei Jahren fortfortzusetzen sind;
2. daß ohne Kündigung ablaufende Verträge bis zur Dauer von zwei Jahren verlängert werden;
3. daß Verträge vor Ablauf der vereinbarten Zeit aufgehoben werden.

Dabei macht es keinen Unterschied, ob mit der Ueberlassung von Land gleichzeitig ein Dienstverhältnis verbunden ist. Das Pachteinigungsamt entscheidet auch in diesem Falle unter Ausschluß des Schlichtungsausschusses und des Mietseinigungsamtes. Die Entscheidung des Pachteinigungsamtes ist endgültig. Eine Anfechtung dieser Entscheidung vor dem ordentlichen Gericht ist daher ausgeschlossen.

Der Antrag über die Wirksamkeit einer Kündigung zu entscheiden ist unverzüglich nach Eingang der Kündigung zu stellen. Der Antrag ein ohne Kündigung ablaufendes Pachtverhältnis zu verlängern, ist so frühzeitig zu stellen, wie es die Interessen des anderen Teiles erfordern. In jedem Falle müssen die Anträge in Zukunft vor Ablauf der Pachtzeit gestellt werden. Nur für die seit dem 1. Januar 1920 bisher abgelaufenen Pachtverträge können noch jetzt Anträge auf Wiederherstellung des Pachtverhältnisses gestellt werden, wenn die Aufhebung der Pacht für den Pächter eine besondere Härte darstellt und wenn die Wiederherstellung des Pachtverhältnisses ohne Beeinträchtigung der Rechte eines Dritten möglich, also insbesondere das Grundstück nicht bereits einem neuen Pächter verpachtet worden ist. In diesem Falle muß das Pachteinigungsamt aber bis zum 20. August d. J. angerufen werden.

Bei jedem Amtsgericht wird für die in seinem Bezirk liegenden Grundstücke ein Pachteinigungsamt eingerichtet, dessen Vorsitzender in der Regel der Amtsrichter ist; außerdem werden je zwei Verpächter und Pächter als Beisitzer in das Pachteinigungsamt berufen. Bereits heute können Anträge an die zuständigen Amtsgerichte unter der Anschrift „an das Pachteinigungsamt" gestellt werden.

Von besonderer Bedeutung ist die Vorschrift, daß die Vergleiche und Beschlüsse der Pachteinigungsämter, wie gerichtliche Urteile, vollstreckbar sind. Das Verfahren vor den Pachteinigungsämtern ist, abgesehen von den baren Auslagen des Verfahrens, gebühren- und stempelfrei und nur bei mutwilliger Anrufung des Einigungsamtes kann der betreffenden Partei eine angemessene Gebühr auferlegt werden. Die Parteien haben das Recht, sich vor dem Pachteinigungsamt vertreten zu lassen, müssen aber neben ihrem Bevollmächtigten der Regel nach persönlich erscheinen und erhalten die Kosten für ihre Vertreter nur in ganz besonderen Ausnahmefällen von ihrem Gegner erstattet.

Deutsches Reich.

Der neue Ministerpräsident in Mecklenburg-Schwerin, Professor Dr. Reincke-Bloch gehört der Deutschen Volkspartei an, nicht den Deutschnationalen.

„Objektivität" der Deutschen Tageszeitung. Nicht erst seit den Kapp-Tagen macht die „Deutsche Tageszeitung" im Verein mit gleichgesinnten Blättern tagtäglich graulich vor dem Bolschewismus. Am Dienstag abend aber bringt es Graf Ernst Reventlow fertig, in derselben „Deutschen Tageszeitung" zu schreiben: „Wir stehen dem russischen Bolschewismus unparteiisch und objektiv gegenüber". Bei den immer erneuten Versuchen, den Bolschewismus heute wie einst das „rote Gespenst" zur Erzielung reaktionärer Maßnahmen zu verwerten, war bisher von dieser Objektivität in der „Deutschen Tageszeitung" nichts zu merken.

Arbeiterunruhen in Höchst. Zu größeren Arbeiterunruhen kam es heute vormittag vor dem Direktionsgebäude der Farbwerke. Die Unzufriedenheit der Arbeiter mit Lohn und Arbeitszeitsfragen, sowie der Unwille über die Steuerabzug sollen den Anlaß gegeben haben. Die Menge staute sich an den Eingängen und am Treppenhaus des Direktionsgebäudes sowie auf den Straßen, während eine Abordnung der Arbeiter mit der Direktion verhandelte. Plötzlich brach das Treppenhausgeländer ein und eine große Anzahl Menschen stürzte in die Tiefe. Zahlreiche Personen trugen schwere Verletzungen davon. Ein junger Mann ist seinen Verletzungen erlegen. Einer der Direktoren ist bei der Auseinandersetzung mit den aufgeregten Arbeitern verletzt worden.

Landarbeiterstreik im Kreise Wolfenbüttel. Im Kreise Wolfenbüttel sind die Landarbeiter in den Streik getreten. Wie die Braunschweigischen Neuesten Nachrichten berichten, liegen bis jetzt Meldungen aus etwa 20 Ortschaften über den Ausbruch des Streiks vor. Die Ausdehnung des Streiks auf die Landkreise Braunschweig und Helmstedt ist nicht unwahrscheinlich.

Reiche Bolschewisten.

Die russischen Revolutionsgewinnler.

Unter einem Regime wie dem der Bolschewisten müssen sich als unvermeidliche Begleiterscheinungen naturgemäß soziale Abnormitäten befremdlichster Art herausbilden. Das heutige Rußland hat deren denn auch in wahrem Ueberfluß aufzuweisen, und als die grotesteste dieser modernen entsitlichen Abarten gibt sich insbesondere die Matrosenkaste zu erkennen. In Petersburg leben oder lebten wenigstens bis vor vor kurzem noch 35 000 Matrosen. Sie spielen hier die Rolle der Gewaltherren und daneben die der tonangebenden Modegecken. Mit der Gleichgültigkeit, die sie den Anordnungen der Volksbeauftragten gegenüber an den Tag legen, spotten sie auch den Befehlen der Offiziere der Roten Armee. Sie schwelgen und prassen nach Herzenslust und haben sich bei der Beuteverteilung das Recht der Vorhand angemaßt. Als beispielsweise im vergangenen Winter eine Verfügung herauskam, die für Maße und Gewichte eine Neueinteilung anordnete, nahmen die Kontrolle in den Geschäften nicht etwa die zuständigen Volksbeauftragten, sondern die Matrosen vor, die selbstverständlich die gute Gelegenheit benutzten, durch Konfiskation der Ladeneinrichtung einen Druck auf den Geldbeutel der Inhaber auszuüben. Den zu spät kommenden Volksbeauftragten blieb infolgedessen nur noch eine bescheidene Nachlese. Die Petersburger Matrosen haben denn auch fast ausnahmlos ihr Schäfchen ins Trockene gebracht und sind heute Reiche geworden, die das Geld so leicht ausgeben, wie sie es verdient haben.

„Vor kurzem," so berichtet ein gelegentlicher Mitarbeiter der „Morning Post" aus Reval, „machte einer meiner Bekannten, der mich über russische Verhältnisse auf dem Laufenden zu erhalten pflegt, in angemessener Verkleidung eine Studienreise nach Petersburg. Er hatte dabei Gelegenheit, einer Matrosenhochzeit beizuwohnen. Die Zeremonie entsprach zwar durchaus nicht in allen Punkten dem bolschewistischen Credo, sondern wurde in aller Form von einem Popen vollzogen. Das der Trauung folgende Hochzeitsmahl hatte, wie der Bräutigam meinem Vertrauensmann erzählte, 70 000 Rubel gekostet, die der junge Ehemann für diese Gelegenheit einem Blumenhändler gestohlen hatte, woraus er, auch das geringste Hehl machte. Der Champagner floß an Strömen, und eine Unmenge feinster Zigarren stand zur Verfügung der Gäste. Ja, es gab sogar echten Roquefort-Käse, der indessen so wenig Anklang fand, daß er sofort wieder als ungenießbar weggetragen wurde. Die Gäste waren fast sämtlich Matrosen und hatten sich zu dieser Feierlichkeit in wunderbarster Weise herausgeputzt. Viele trugen falsche Schmachtlocken, die, unter der Mütze befestigt, bis auf die Schultern herabquollen. Die meisten waren geschminkt und gepudert und unglaublich parfümiert.

Seltsame Verhältnisse haben sich auch bei der Bauernschaft herausgebildet, die in der Nähe größerer Städte wohnt. In den Vororten von Moskau und Petersburg wimmelt es von Bauern, deren armselige Hütten bis in den letzten Winkel mit den kostbarsten alten Möbeln und Kunstgegenständen vollgepfropft sind, Dingen, die an die früheren Zeiten erinnern, in denen der Tauschhandel mit Lebensmitteln noch in üppigster Blüte stand. In diesen Bauernhäusern findet man Tische mit wundervoller, eingelegter Arbeit, die, verkümmert und verstümmelt, in der Küche ihr Dasein unwürdig beschließen. Garnituren von Sesseln im reinsten Empire-Stil dienen Knechten und Mägden als Ruheplätze bei der Mahlzeiten; Teppiche und Vorleger von unschätzbarem Wert breiten sich über die schmutzstarrenden Dielen oder sind zerschnitten, um als Pferdedecken Verwendung zu finden. Diese Vorstadtbauern haben eben keine Ahnung von dem Wert dieser Kostbarkeiten, die sie als Entlohnung für die von ihnen gelieferten Nahrungsmittel in Zahlung genommen haben.

Anders aber ist es mit den Bauern, die in der Nähe der estnischen und finnischen Grenze leben, und die nicht nur an dem Luxus Geschmack gefunden haben, sondern die auch einen schwunghaften Zwischenhandel mit Luxusartikeln betreiben. Als diese Grenzbauern im vergangenen Herbst zu der Ueberzeugung gelangten, daß das Schmuggelgeschäft guten Gewinn versprach, brachten sie ihre geringen Vorräte an Lebensmitteln nach Petersburg und tauschten dagegen Juwelen, echte Zigarren, französischen Kognak und Reiseferderben ein, die sie in Estland und Finnland an Ort und Stelle für teures Geld wieder verkauften. Die Luxussachen fanden vor allem in den Petersburger Matrosen willige und gutzahlende Abnehmer. Es ist denn auch in Sowjetrußland heute ein geflügeltes Wort geworden, zu sagen: „Er lebt wie ein Matrose." Leute, die Gelegenheit hatten, in die Häuser dieser Grenzbauern zu kommen, erklären, daß es kaum ein Haus gibt, in dem man nicht eine Flasche besten Kognaks und eine Kiste feinster Havannazigarren findet; denn es versteht sich, daß die Bauern von den Artikeln, mit denen sie handeln, Muster zurückbehalten. Cognal ist jetzt ein Getränk geworden, das so gewöhnlich ist wie früher der Schnaps; dagegen ist das Geheimnis des spitzen Zigarrenendes der bäuerlichen Intelligenz bisher verschlossen geblieben. Sie sind noch immer des Glaubens, daß das offene, stumpfe Ende in den Mund gesteckt und die Zigarre an der Spitze angezündet wird."

Kunst und Wissenschaft.

Der antiquarische Historiker, Geh. Archivrat Prof. Dr. Wäschke-Zerbst hat — wie der „Anh. Anzeiger" berichtet — folgende interessante wissenschaftliche Entdeckung gemacht: Am 20. Juli feierte Prof. Ulrich v. Wilamowitz-Moellendorff, Prof. der klassischen Sprachen an der Universität Berlin, ein Gelehrter von Weltruf, sein goldenes Doktorjubiläum. Unter den literarischen Festartikeln findet sich, wie wir hören, auch eine Schrift des Geh. Archivrats Dr. Wäschke über den „Lapis niger". Der „Lapis niger" ist ein mit einer Inschrift bedeckter Stein in dem sogen. Romulusgrab unter dem Forum in Rom. Der Inhalt dieser Inschrift war, wie der beste Kenner des römischen Forums, Prof. Dr. Hülsen, schreibt, bis jetzt fast völlig dunkel, und es wird, da die Zeilen kaum zur Hälfte, vielleicht nur zu einem Drittel erhalten sind, auch wohl für immer bleiben. Nun ist es aber Geh. Archivrat Dr. Wäschke durch andere Gruppierung der Bruchstücke, sowie durch genauere Lesung der Inschrift gelungen, deren Wortlaut vollständig zu deuten, Lücken zu ergänzen und das Ganze zu übersetzen. Dadurch ist es nun erwiesen, daß der „Lapis niger" nicht eine „Lex sacraia" enthält, wie man früher vermutete, sondern Bruchstücke eines Ackergesetzes, das für die Kolonie Sora, die 451 n. Chr. begründet wurde, erlassen ist. Alle Tatsachen, grammatische wie sprachliche, zusammengefaßt, erweist sich die Inschrift als das älteste bekannte Denkmal in lateinischer Sprache.

Ein kostbares Heinedokument ist jetzt nach romantischen Schicksalen wieder aufgetaucht, Heines Handexemplar der Erstausgabe der „Harzreise" nebst den sehr beträchtlichen und interessanten handschriftlichen Korrekturen des Dichters für die zweite Auflage des Werkes. Der Heineforscher Prof. Dr. Friedrich Hirth wird es in einer originalgetreuen Wiedergabe als zweiten Heinegedächtnisdruck in dem alten Heineverlage Hoffmann u. Campe veröffentlichen.

Kunstgenuß-Festspiele auf dem Kynast veranstaltet in diesem Jahre der Bund für schlesische Heimatspiele im Riesengebirge. Im zweiten Burghof der ehrwürigen Ruine Kynast, die sich ausgezeichnet dazu eignet, war die erste Aufführung ein großer Erfolg

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200730035/fragment/page=0002

Ausnahmebestimmungen für das ehemals preußische Teilgebiet.

Posen, 28. Juli. Auf Grund einer Verordnung des polnischen Landesverteidigungsrats in Warschau hat das Posener Ministerium im Einklang mit den in Polen bestehenden gesetzlichen Vorschriften über die Gewährleistung der Sicherheit des Staates und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung des Krieges für das ehemals preußische Teilgebiet Ausnahmebestimmungen erlassen betreffend: 1. Freiheitsentziehung Personen gegenüber, deren Tätigkeit die Sicherheit des Staates oder die öffentliche Ordnung gefährdet. 2. Beschlagnahme und Verbot von Zeitungen, die die Sicherheit des Staates und die öffentliche Ordnung gefährden. 3. Haussuchungen bei Tag und bei Nacht. 4. Einschränkung von Straßenkundgebungen.

Ausland.

Ein Geschenk Dänemarks für den Friedenspalast im Haag.

Rotterdam, 28. Juli. In Rotterdam ist dieser Tage ein Geschenk der Königlichen Porzellan-Fabrik in Kopenhagen für den Friedenspalast im Haag eingetroffen. Es handelt sich um einen von Professor Arnold Krog entworfenen Springbrunnen, der im Garten des Friedenspalastes aufgestellt werden soll. Der Springbrunnen ist die größte Arbeit, die bis jetzt aus der Königlichen Porzellan-Fabrik hervorgegangen ist. Er mißt sechs Meter im Durchmesser und ist 2½ Meter hoch. Er stellt einen gewaltigen Granitblock dar, der von 4 großen Eisbären flankiert wird. Eine Anzahl von Delphinen strahlt gewaltige Wasserstrahlen aus. Der Entwurf von Professor Krog wurde von den Bildhauern Carl Nonnesen, Herold und Frau Westring-Lemann ausgeführt.

Mustapha Kemal Pascha setzt den Kampf weiter fort.

Konstantinopel, 28. Juli. Die griechische Offensive hat offenbar den Widerstandsgeist Mustapha Kemal Paschas und seiner Anhänger noch nicht gebrochen. Nach den in Konstantinopel vorliegenden Nachrichten kann es als sicher betrachtet werden, das Kemal Pascha in diesem Augenblick mit der Reorganisation seiner in den letzten Kämpfen zwar mehr und mehr auseinandergerissenen Streitkräfte beschäftigt ist. Voraussichtlich wird er sich auf die Führung eines Guerillakrieges beschränken, wie er ihn vor dem griechischen Vormarsch im Abschnitt von Smyrna bereits geführt hatte. Die Nachrichten über die Ausbreitung einer antikemalistischen Bewegung im Inneren werden hier nur mit großer Reserve aufgenommen; nach allem, was man darüber weiß, scheint sie sich bisher nur auf einige isoliert liegende Ortschaften zu beschränken. Von einem Frieden in Kleinasien ist die Entente daher wohl noch ziemlich weit entfernt.

Beratung der Kohlenvorschüsse in Frankreich.

Paris, 29. Juli. Der Finanzausschuß der Kammer beriet gestern den Gesetzentwurf über die Bewilligung der durch das Kohlenabkommen notwendig gewordenen Vorschüsse, weigerte sich aber in eine Beratung der einzelnen Artikel einzutreten. Wahrscheinlich wird der Ausschuß sich heute nochmals mit den Kreditforderungen befassen.

Halle und Umgegend.

Halle den 30. Juli 1920.

Einstellung des Disziplinarverfahrens gegen Polizeibeamte.

Von der Polizeiverwaltung erhalten wir folgende Zuschrift: Das Disziplinarverfahren gegen den Polizeidirektor Koenemann, die Polizeikommissare Miethke, Unger und Struck, den Kriminaloberwachtmeister Thein und den Polizeiwachtmeister Heimbürger aus Anlaß des Kapp-Putsches ist eingestellt worden, weil sich nach keiner Richtung eine Schuld der Beamten ergeben hat. Sie werden daher auf Anordnung der vorgesetzten Dienstbehörde ihren Dienst wieder aufnehmen.

Im Haushaltsausschuß wurde gestern mitgeteilt, daß Polizeidirektor Koenemann gegenwärtig erkrankt ist und deshalb seine Tätigkeit noch nicht wieder aufnehmen könne.

Die Rote Armee am Giebichenstein.

Sie ist doch kein Hirngespinst. Sie ist etwas Greifbares, etwas Furchtbar-Wirkliches. In Zweifelsucht und törichtem Unglauben hatten wir es immer mit Heiterkeit aufgenommen, wenn ausmärkische Blätter zu erzählen wußten, wie in unserm alten Halle trotz der städtischen und der grünen Polizei in aller Unangenehmheit die roten Bataillone, 2000 Mann stark, am Giebichenstein Felddienst- und Handgranatenübungen abhalten; wir waren sogar so leichtfertig gewesen, eine Belohnung bis zu 5 Mark demjenigen auszusetzen, der von sich behaupten könne, er habe mit eigenen Augen die rote Armee am Giebichenstein geschaut. Jetzt merken wir, daß wir mit dieser unserer Auffassung verspielt haben. Es gibt doch in Halle eine Rote Armee, die am Giebichenstein, 2000 Mark stark, mit Handgranaten übt, und es gibt auch einen leibhaftigen Menschen, der sie geschaut hat: das ist der +-Mitarbeiter im lokalen Teil der Hallischen Allgemeinen Zeitung. Er sticht uns in seiner gestrigen Nummer über unseren Unglauben höhnig den Star und druckt noch einmal in aller Vollständigkeit den Plan über die Truppenverteilung und über die Felddienstübungen der Roten Armee ab. Ihm steht nunmehr obige Belohnung ohne jeden Abzug zu; sie soll ihm nicht vorenthalten werden. Aber das verlangen wir nun von ihm, daß er jetzt die Polizei, die immer noch nichts von der Roten Armee am Giebichenstein merkt, bei der Hand nimmt und sie mal gehörig mit der Nase auf die rrrevolutionären Felddienstübungen im Amtsgarten stößt. Wie leicht können, wenn da 2000 Mann mit Handgranaten um sich schmeißen, die Kinder, die Kindermädchen oder die alten Leute, die sich auf den Ruhebänken erholen, durch solche gefährlichen Dinger verletzt werden! Auch der Oberpräsident Hörsing müßte dann der Sache endlich das nötige Verständnis entgegenbringen und er könnte nicht wieder seinen Dementierapparat in Tätigkeit setzen, wie heute, wo seine Pressestelle wieder folgendes verbreitet:

„Die Magdeburgische Zeitung bringt in ihrer Nummer 449 vom 28. Juli eine aus Dresden, den 28. Juli, datierte Meldung über die Organisation einer Roten Armee in Mitteldeutschland. Die Nachricht, die angeblich aus zuverlässiger Quelle stammt, deren Herkunft aber wohl verschwiegen wird, ist, soweit die Provinz Sachsen in Frage kommt, in ihrem ganzen Umfange falsch. Insbesondere ist erstens unwahr, daß in der Provinz Sachsen irgendwelche geschlossene und bewaffnete Kampfformationen der Roten Armee bestehen. Bisher konnte von keiner Seite ein Beweis dafür erbracht werden. Unwahr ist ferner, daß in der Provinz Sachsen irgendwo militärische Felddienstübungen solcher Formationen mit Waffen stattfinden. Das seit den Kapptagen gleichmäßig in allen Kreisen der Bevölkerung noch gewisse Waffenbestände sich befinden, ist allgemein bekannt. Die Reichsregierung bereitet gegenwärtig ein Gesetz zur Erfassung dieser Waffenbestände vor. Aus welcher Quelle die oben richtiggestellte Nachricht stammt, ist dem Oberpräsidium nicht unbekannt. Es sind zum Teil Kreise, die früher den militärischen Dienststellen nahestanden, aber keinerlei amtlichen Charakter mehr besitzen."

Sport der „Saale-Zeitung".

Viktoria 96, Magdeburg — Halle 96.

Am kommenden Sonntag eröffnet Halle 96 seine diesjährige Herbstsaison mit einem Spiel gegen die Magdeburger Viktoria 96. Die Gäste zählen zu Magdeburgs besten Mannschaften und haben gerade in Spielen mit hiesigen Vereinen die Farben ihrer Heimatstadt sehr ehrenvoll vertreten.

Spielvereinigung Halle.

Der Ligaverein Favorit und der erstklassige Verein Komet haben sich unter dem Namen „Spielvereinigung Halle" zusammengeschlossen. Zuschriftenadresse: Richard Schmieder, Halle, Wittestraße 18 I.

Heute, Freitag, abend ½7 Uhr findet ein Auswahlspiel der beiden ersten Mannschaften statt. (Spielvereinigungsplatz früher Kometplatz.)

Statistisches aus dem V. M. V. V.

Der Verband Mitteldeutscher Ballspielvereine zählt nach den amtlichen Feststellungen am 1. Juli 62 750 Mitglieder. Im Vorjahre war der Verband nur rund 35 000 Sportjünger stark. Ein hat also eine Zunahme von 79 Prozent zu verzeichnen. Von den 7 Kreisen ist der größte der Elbegau, der mit 97 Vereinen beinahe 12 000 Mitglieder zählt. Nordwestsachsen hat 71 Vereine mit 11 000 Mitgliedern. Der Saalekreis rangiert an vierter Stelle mit 83 Vereinen und 9000 Mitgliedern. Vereine über 500 Mitglieder gibt es im V. M. V. V. 11, und zwar: Dresdener Sportklub mit 809, V. f. L. Halle 96 mit 716, Guts Muts-Dresden mit 675, Sportklub Zwickau mit 634, Wacker-Leipzig ebenfalls mit 634, T. u. V. Leipzig 608, Leipziger Ballspielklub 580, Sportfreunde Leipzig mit 555, V. f. B. Leipzig mit 538, Sportklub Erfurt mit 532 und V. f. L. Bitterfeld mit 507.

Tennisturnier in Friedrichroda.

In Friedrichroda findet am 5. August und den folgenden Tagen das 13. Allgemeine Tennis-Turnier statt. Anfragen und Nennungen sind an Fräulein Gertrud Schwarz, Friedrichroda, Herzogsweg, zu richten. Nennungsschluß 3. August.

Die Vorrunde um den deutschen Bundespokal ist auf den 10. Oktober festgesetzt. An Gegnern sind bis jetzt bestimmt Stuttgart Süddeutschland gegen Westdeutschland, in Breslau Südostdeutschland gegen Mitteldeutschland.

Vermischtes.

Schwere Krawalle bei den Höchster Farbwerken. In Höchst am Main zogen mehrere hundert Arbeiter vor das Direktionsgebäude der Höchster Farbwerke und erzwangen den Eintritt. Ein Teil von ihnen drang in das Büro der Direktion ein und forderte unter Drohungen u. a. Uebernahme des zehnprozentigen Steuerabzugs durch die Werkleitung sowie Abänderung der Arbeitszeit in bestimmten Betrieben. Die Direktoren verwiesen die Arbeiter auf den ordnungsmäßigen Weg. Es kam dann zu Tätlichkeiten. Drei Direktoren wurden mißhandelt und erheblich verletzt. Unter der Last der nachdrängenden Menge stürzte ein Teil des Treppenhauses ein und eine Anzahl Personen wurde verletzt, zwei davon schwer. Ein junger Mann starb nach kurzer Zeit. Der Betriebsrat war gegenüber der andrängenden Menge machtlos. Die Direktion der Farbwerke vorm. Meister, Lucius & Brüning sagte zu, daß in Betrieben, in denen eine achtundvierzigstündige Arbeitswoche noch nicht eingeführt war, diese sofort eingeführt werden soll. Weiter wird das Werk den zehnprozentigen Steuerabzug rückwirkend übernehmen. Die durch die blutigen Vorgänge entgangenen Lohnausfälle wird das Werk tragen. Ueber die Frage der Lohnerhöhung wird morgen, wie vorgesehen war, verhandelt werden. Die mißhandelten Mitglieder der Direktion werden voraussichtlich längere Zeit dienstunfähig sein.

Grubenunglück bei Essen. Auf der fiskalischen Zeche „Bergmannsglück" prallte der Förderkorb gegen die Schachtzimmerung und riß diese auf 100 m auf. Der Schaden beträgt mehrere Mill. Die Wiederherstellung erfordert etliche Monate. Die 1200 Mann starke Belegschaft wurde anderen fiskalischen Zechen überwiesen.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung".

Die teure Besetzung Oberschlesiens.

Breslau, 30. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) **Die „Schlesische Zeitung" gibt eine Zuschrift wieder, in der auf die ungeheuren Kosten der oberschlesischen Besatzung hingewiesen wird. Am Schlusse werden an General Lerond folgende Fragen gerichtet: 1. Ist es wahr, daß General Lerond ein Gehalt von 2 Millionen Mark jährlich bezieht? 2. Ist es wahr, daß der Kreiskontrolleur, von denen es im Abstimmungsgebiet über 20 gibt, ein Gehalt von 700 000 Mark jährlich bezieht? 3. Ist es wahr, daß die Interalliierte Kommission oder deren Regierungen von der deutschen Regierung bereits erhebliche Vorschüsse erhalten habe und daß von den in Oberschlesien eingehenden Geldern erhebliche Summen für diese Zwecke überwiesen worden sind? 4. Ist es wahr, daß die kürzlich durch die Presse gegangene Mitteilung, daß die Deutschen für jeden Mann Besatzungsarmee nur 7 Franken bezahlen, für Oberschlesien nicht gilt, daß hier vielmehr die Bezahlung der Offiziere und Mannschaften viel höher ist. Nur eine offene Darlegung der gezahlten Gehälter wäre eine Beruhigung der öffentlichen Meinung in Oberschlesien, da sonst die Bevölkerung geneigt ist, zu glauben, daß es der Interalliierten Kommission daran liegt, in Oberschlesien die Abstimmung möglichst weit hinauszuschieben.**

Die polnische Armee in Auflösung.

Berlin, 30. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Die „Neue Berliner Zeitung" bringt eine Augenzeugenschilderung ihres Sonderberichterstatters, der von Lyck aus in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag die Grenze überschritt, um irgendwie die Kampffront zu erreichen. Er erzählt, daß eine Kampffront überhaupt nicht mehr existiere. Alles ist in Auflösung. Gegen 4 Uhr war die Grenze erreicht. Die deutschen Posten ließen mich passieren. Weit und breit war kein polnischer Posten zu sehen. Offenbar waren die polnischen Feldgendarmen bereits geflohen. Gleichzeitig hatte ich auch den Eindruck, daß die deutschen Grenzgebiete von Suwalki, Grajewo und Szutschin hinunter nach Kowno bereits von den Russen beherrscht seien und von ihren Patrouillen abgesucht werden. Die russischen Truppen befinden sich unmittelbar vor der deutschen Grenze. Das dumpfe Grollen fernen Geschützfeuers war zu vernehmen, was einem Nachhutgefecht galt. Ich schritt auf der Straße von Prostau in der Richtung nach Grajewo vorwärts. Bald konnte ich mit eigenen Augen bemerken, welchen Umfang die Flucht der Polen, die allgemein war, angenommen hatte, denn schon gegen 5½ Uhr morgens stieß ich auf einen versprengten polnischen Truppenteil, der in namenloser Anordnung, ohne irgend welche Verbände einzuhalten, flüchtete. Die polnischen Soldaten, die an mir vorbeizogen, waren auf das äußerste erschöpft. Sie hatten Tornister, Gewehre und alle Ausrüstungsgegenstände fortgeworfen, und eilten in blinder Panik weiter ohne Ziel, ohne Befehl, ohne Führung, Mannschaften und Offiziere durcheinander. Die letzteren wußten überhaupt nicht wo sie sich befanden. Karten besaßen sie keine. Ein Hauptmann zu Pferde ritt auf mich zu und frug höflich: „Können Sie mir vielleicht Auskunft geben, wo wir uns befinden?" Um 8 Uhr begegnete ich einem zweiten Flüchtlingstrupp. Die Leute waren verstört, todmüde und zerfetzt. Sie kamen, wie sie bekundeten, aus der Gegend von Suwalki, das sie den Russen überlassen mußten. Um 9 Uhr stieß ich mit einer Kavalleriepatrouille zusammen. Es waren Russen, die Vorhutspitze der Roten Armee. Ein Oberleutnant führte sie. Er war von 10 Mann begleitet. Die Russen waren tadellos ausgerüstet und trugen die alten russischen Uniformen, auch die gleichen Armeeabzeichen. Der Offizier berichtete ungezwungen von den letzten Kampfereignissen: Wir haben große Erfolge gehabt. Soeben wird von uns Sumalki besetzt. Dort sind jetzt Litauer und Russen. Ehe die Polen abzogen, haben sie noch geplündert und ein Pogrom veranstaltet, aber auch in Lomza, das wir gleichfalls eingenommen haben. Auf die Frage: Werden Sie die deutsche Grenze überschreiten? antwortete der russische Offizier: Wir haben keinen diesbezüglichen Befehl. In Deutschland haben wir nichts zu suchen. Von einem bevorstehenden Waffenstillstand wußte der Offizier nichts.

Vom russisch-polnischen Kriegsschauplatz.

London, 29. Juli. In der Antwort der englischen Regierung an Tschitscherin, die Lloyd George im Unterhaus verlas, heißt es, daß bezüglich des Zwecks der Zusammenkunft, bezüglich der dazu eingeladenen Mächte und der hauptsächlich zu erörternden Fragen keine Zweifel bestehen sollten. Die letzten beiden Telegramme der Sowjet-Regierung lassen jedoch einige Zweifel bezüglich dieser Punkte. Die englische Regierung sei der Ansicht, daß, wenn die Beratungen zwischen den alliierten Regierungen und der Sowjet-Regierung einige Aussicht auf Erfolg haben sollten, die Vertreter Polens und der in Frage kommenden Randstaaten auch dabei sein müssen. Hauptzweck der Konferenz soll die Wiederherstellung des Friedens in Europa sein und zwar in erster Linie zwischen Polen und Rußland. Die Konferenz soll auch die noch schwebenden Fragen bezüglich Sowjet-Rußland und der Randstaaten beraten und könne nach Regelung dieser Fragen dazu übergehen, sich mit den zwischen Sowjet-Rußland und den Alliierten schwebenden Streitfragen und der Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen ihnen zu befassen.

Berlin, 30. Juli. Die letzten Nachrichten melden das rasche Vordringen der Russen bis in die unmittelbare Nähe der deutschen Grenze. Daß einzelne Abteilungen der Sowjetarmee Ostpreußen betreten, ist nicht wahrscheinlich. Vorkehrungen zum Schutze der Bevölkerung werden, soweit die schwachen Machtmittel ausreichen, von der Regierung getroffen. Hingegen wird auch hier weiterhin damit gerechnet, daß die russische Regierung einen wirklichen Einmarsch in das ostpreußische Gebiet nicht beabsichtigt. Es hat das nicht nur der inzwischen abgereiste Sowjetvertreter Viktor Kopp feierlichst versichert, sondern eben erst hat auch Tschitscherin das Gleiche kundgetan. Aber auch wenn die Sowjetregierung vorläufig ehrlich entschlossen ist, unserm Gebiet fern zu bleiben, so könnte sich ihr Programm in Zukunft ändern und vor allem die unabsehbare Entwicklung der polnischen Verhältnisse mag hier neue Entschlüsse eingeben. Die Fortschritte der bolschewistischen Armee lassen es möglich erscheinen, daß auch Warschau sich nicht mehr allzu lange halten kann, während noch vor kurzem die polnische Hauptstadt für auf lange Zeit für uneinnehmbar galt. Sollte nicht ein baldiger Waffenstillstand die Operation beendigen, so ist schon aus Gründen der Ernährung mit dem Vorrücken der Russen in das Westgebiet von Polen zu rechnen.

Die Unterzeichnung des türkischen Friedensvertrages.

Paris, 30. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) **Die türkischen Bevollmächtigten, welche sich nach Constanza begeben hatten, um von dort den Orientexpreß zu benutzen, mußten wegen eines Streiks nach Konstantinopel zurückkehren. Sie haben sich nunmehr in Konstantinopel nach Boulogne eingeschifft. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit der Türkei erfährt dadurch eine Verzögerung von mindestens 8 Tagen. Hierzu bemerkt der Matin: Es wäre zu wünschen, daß in der Zwischenzeit eine Verständigung zwischen Italien und Griechenland stattfinde, damit im Augenblick der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit der Türkei keine Uneinigkeit unter den Verbündeten herrscht.**

Deutschlands Neutralität.

Warschau, 30. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) **Der deutsche Gesandte in Warschau hat im Auftrage der deutschen Regierung die polnische Regierung offiziell von der Neutralitätserklärung Deutschlands im russisch-polnischen Krieg verständigt.**

Italiens Zustimmung.

Rom, 30. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) **Italien erteilte dem Boulogner Vertrage seine Zustimmung. Der italienische Vertreter in London hat gestern Lloyd George hiervon Mitteilung gemacht.**

Hallischer Witterungsbericht.

	29. Juli 9 Uhr abends	30 Juli 7 Uhr morgens
Barometer Millimeter	753.9	754.0
Thermometer Celsius	14.4	16.2
Rel. Feuchtigkeit %	83	67
Wind	W.2	W. 1

Maximum der Temperatur am 29. Juli 26.0 C.
Minimum in der Nacht vom 29. Juli zum 30. Juli 11.8 C.
Niederschläge am 30. Juli 7 Uhr Morgens: 0.0 mm

Wetterbericht der „Saale-Zeitung".

31. Juli: Fortdauer der wolkigen, kühlen Witterung mit Neigung zu leichten Regenfällen.

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob-Margella; f. d. örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton, Unterhaltungsbeilage, Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Baer i. W.; für den Anzeigenteil: Hans Wildt. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200730035/fragment/page=0003

Dienstag, den 3. August, abends 8 Uhr, in der Saalschlossbrauerei (je nach Witterung, Saal oder Garten).

Einmaliges Elite-Konzert

Johann Strauss

aus Wien
ehem. K. k. Hofball-Musikdirektor.

„Wien, wie es einst war!"

Karten zu 4.60 Mark bei Reinhold Koch, Hofmusikalienhandlung, Alte Promenade 1 a.

Paul Siebert

Schiffahrts-Spedition-Lagerungsgeschäft

Magdeburg,
Fernspr. 7111, 7088, 5163
Telegramm-Adresse: Spedition.

Eildampfer-, Eilschiffs-, Frachtschiffsverladungen
Umschlag u. Verfrachtung von Massengütern

Übersee-Transporte
Internationale Speditionen
Sammelladungsverkehr
Massive Speicher und Lagerkeller mit Gleisanschluß zur Einlagerung von Massen- u. Spedition sgütern aller Art
Assekuranz, Verzollungen
Vertreter an allen Plätzen des In- u. Auslandes.

Geschäfts-Anzeiger.

Alle Haararbeiten

Zöpfe i. all. Preislagen Ersatzteile i. größter Auswahl. Versand nach Einsendung einer Haarprobe.
Haaben- und Stirn-Haar-Netze.
Kopfwäsche
Ankauf von ausgekämmtem
Damenhaar.
Zopf-Siebert,
Halle, Leipziger Str. 33.

Auskunfteien.
Beyrich & Greve.
Gr. Steinstr. 31, I. Tel. 2144.

Abfuhr-Institute.
Emil Bause,
Hallnerstr. 1. Teleph. 5297.

El. Licht- u. Kraftanl., Beleuchtungsk., Klingel- u. Tel.-Anl. **Franz Berger,** A. d. Universität 13. Tel. 2332

El. Licht- u. Kraft-Anl., Klingel- Tel-, Blitzabl.- u. Beleuchtungsk.
L. Rissland,
Drogenstr. 26. Tel. 123
Gegründet 1872.

Kinderwagen u. Korbware:
Th. Bühr, Leipzigerstr. 94
Telephon 6198.

Möbel, Spiegel und Polsterwaren.
Georg Schalbe.
Gr. Märkerstr. 2.

Nähmaschinen, auch Reparaturen.
Singer Co., Nähm.-A.-G.
Leipzigerstr. 23.

Optiker u. optische Anstalten.
R. Kleemann,
Moritzzwinger 9.

Schäfte-Fabrik.
F. Noah, Leipzigerstr. 16.

Schreibmasch. u. Reparat. Spezial-Reparaturwerkstatt aller Systeme. **Max Knauth,** Kl. Ulrichstr. 1, Tel. 4013.

Schirme, Stöcke, Pfeifen.
E. Karras jun.,
Leipziger Straße 4.

Alle Beamten Halle's

besonders diejenigen, die beim Quartalswechsel neu hinzugezogen sind, werden darauf hingewiesen, daß ihnen unsere Lieferantenliste für 1920 auf Anfordern kostenlos zugesandt wird. Es wird gebeten, sich der Liste im eigenen Interesse bei allen Einkäufen zu bedienen, da sie nur Lieferanten enthält, die durch Entgegenkommen und Leistungsfähigkeit allen Ansprüchen genügen.

Verlag Dr. Kuester & Co.
Berlin W. 57, Potsdamerstraße 76 b.

Dauerwäsche bedeutend billiger!

Dauerwäsche-Vertrieb,
Kl. Berlin 2 Eine Treppe. Eing. Sternstr.

Margarine-Werke Benedikt Klein
Köln-Ehrenfeld. Tel. A. 5585.

Margarine
in tadelloser Qualität.
ab 1. August wieder lieferbar.
Generalvertreter: Julius Kress, Halle/Saale, Pfännerhöhe 4.

Lösen Sie Ihre Eisenbahn-Fahrkarten im

LLOYD Reisebüro

L. Schönlicht,
Bankgeschäft
Pos'strasse
(Stadt Hamburg)
Fernruf 6058.

Preiswert u. gut
kaufen Sie sämtliche Unterzeuge, Strumpfwaren in dem ersten Spezialgesch.
H. Schnee Nachf.,
Gr. Steinstraße 84.
Gegründet 1838.

Erstklassige **Auto-typen Holz-schnitte Strich-ätzungen Galvanos** u. s. w. liefert am schnellsten sauber u. preiswert nur
Klischee-Fabrik Adolf Müller
Halle a. S.
Königstr. 27. Fernruf 3955

H. Schnee Nachf.,
Gr. Steinstr. 84.
Erstes Spezialgeschäft für gute Strumpfwaren und Trikotagen.

Offene Stellen

Vertreter gesucht
zum provisionsweisen Verkauf von Schokoladen usw.
Udo Hengstmann,
Magdeburg W 5. Wilh. Nandeistraße.

Leistungsfähige Margarinefabrik sucht für den Bezirk Halle und Umgebung einen bei der Kundschaft eingeführten

Vertreter

Offerten erbeten unter F. M. 1065 an Johann Frieur. Ellers, Annoncen-Expedition, Magdeburg.

Jüngerer Bankbeamter
für den Schalterdienst der Effekten-Abteilung zum 1. Oktober 1920 gesucht.
Bankhaus F. A. Neubauer, Magdeburg.

Bedeutende Tabaks- und Zigarrenfabrik A.-G. sucht per sofort tüchtige

Bezirksvertreter,

Schriftliche Meldungen an Ungewitter, Berlin S O. 36, Bouchéstr. 80.

Für dortigen Platz und Umgebung suche ich tüchtigen

Vertreter

von Zigarren- u. Zigarettenspitzen und Pfeifen, sowie technischen Holzfabrikaten. Nur tüchtige Kräfte wollen sich unter Angabe von Referenzen melden.
Chr. Müller,
vorm. Drechslerei-Verein Cabarz
Post Groß-Tabarz i. Th.

Stellengesuche

Junger Mann, 23 Jahre, Gymnasialbildung, 1½ Jahr als Kaufmann gelernt

sucht Stellung

im kaufmännischen Betrieb bei bescheidenen Ansprüchen. Offerten unter O 3592 an die Expedition dies. Zeitung.

Mietsgesuche

Statt Zwangseinquartierung! 2–3 leere Zimmer m. Kochgelegenh. i. best. Haus. v. Kaufm. ges. Angebot an **Kostmann,** Steinbergstr. 21.

Erklärung.

In der Privatklagesache des Herrn Privatdozenten Dr. David gegen Herrn Dr. Einecke bin ich beauftragt folgende Erklärung des Herrn Dr. Einecke bekanntzugeben:

Herr Dr. Einecke hat sich überzeugt, daß die von ihm über Herrn Privatdozenten Dr. Oskar David verbreiteten Gerüchte unwahr sind und nimmt diese mit großem Bedauern zurück.

Rechtsanwalt Pinthus.
Halle S., den 22. Juli 1920.

Unterricht

Tanz-Lehr-Institut.
Hotel Stadt Dresden, Martinstraße.
Montag, den 2. Aug. d. Jahres beginnt ein neuer Kursus für Damen und Herren jeden Alters. Gelehrt wird Contre, Quadrille, Anstandslehre u. alle Rund- u. Gesellschaftstänze; auch neue Tänze. Damen und Herren werden streng getrennt unterrichtet. Anmeldungen erbitte im Hotel Sonntags vorm. von 9–12 Uhr und in der Wohnung Bernhardstr. 6, ptr., bei Keller in der Zeit von 5–8 Uhr Nachmittags.
Langjährige Praxis. Achtungsvoll
G. Wollrath,
Tanzlehrer.

Unterrichts-Anzeiger

Buchführung.
Kaufmänn. Privatschulen
Wilh. Baer, Geiststr. 41.
C. Lewin, Steinweg 45.
H. Dittenberger, Händelstrasse 6.

Chauffeurschule.
Hallesche Automobilzentrale. Grünstr. 31.

Chemieschule für Damen.
Dr. S. Gärtner, Mühlweg 29. Tel. 5855.

Fremde Sprachen
Kaufmänn. Privatschulen
Wilh. Baer, Geiststr. 41.
C. Lewin, Steinweg 45.
Bodenslek, Friedrichstr. 69, p. l.

Schneiderei-Unterricht.
E. Holborn, Königstr. 50.

Schreibmaschine.
Kaufmänn. Privatschulen.
Wilh. Baer, Geiststr. 41.
C. Lewin, Steinweg 45.
H. Dittenberger, Händelstrasse 6.

Stenographie.
Kaufmänn. Privatschulen
Wilh. Baer, Geiststr. 41.
C. Lewin, Steinweg 45.
H. Dittenberger, Händelstrasse 6.

Tanz-Unterricht.
H. Weber, Magdb.-Str. 52.
Teiln. d. Hochsch. f. Tz., Berl

Geldverkehr

Kriegsanleihe
wird bei kurzfristigem Geschäft verwertet und zum Nennwert rückbezahlt.
Eberwein, Bürovorsteher, Brüderstr. 10, I.

Kapitalanlage.
Baustelle (Gartenland mit Obstbäumen) Ecke Zietens- u. Zeppelinstr. **zu verkaufen.**
Näh. Zietenstr. 16.

Zu verkaufen

Ein gut erhaltener
Unstrut-Kahn
Trgk. 124 t. verkauft sofort.
Gebr. Gröschler,
Nebra a. U.

Grüne Dill
gibt ab. Mäßtlich. Hallea. S.
Lehnert.

Sehr gut erhaltener
Musikautomat
(Original Lochmann) und gut erhaltenes gepreßtes
Plüschjackett,
für ältere Dame passend, preiswert zu verkaufen.
Geiststr. 53 III.

Kaufgesuche

Wein-, Sekt- u. Wasserflaschen,
Stück 40–50 Pfg.,
Kl. Sahnetaschen, Stück 20 Pfg., weißes Bruchglas kauft Ludwig, Schweizerstraße 14. Telefon 4187.

Skatgelegenheit
im **Hansa-Hotel**
am Riebeckpl. neb. Apollo

Vermischtes

Sport-Artikel
für
Fussball-, Tennis-, Hockey-Spieler, Ruderer, Turner, Radfahrer,
sowie für
Leichtathletik und Touristik
empfiehlt 450
in großer Auswahl sehr preiswert
H. Schnee Nachf.
A. & F. Ebermann,
Hallea. S., Gr. Steinstr. 84

Ernte-kranz- Schleifen, Gedichtbücher, Harken, Sensen, Fahnen
empfiehlt
Albin Hentze,
24 Schmeerstr. 24

Asthma
kann geheilt werden. Sprechstunden in Halle, Magdeburgerstraße 60 II, jeden Sonnabend von 10–1 Uhr.
Dr. med. Alberts,
Spezialarzt, Berlin SW. 11.

Gut sitzende dauerhafte **Korsetts**
empfiehlt h33845
H. Schnee Nachf.,
Gr. Steinstr. 84.

Goldene **Herren- u. Damenuhren Armbanduhren**
in grosser Auswahl unter Garantie
Gust. Uhlig,
unt. Leipziger Str.

Preis-Skaten
31. 7. im Hansa-Hotel
a. Riebeckpl. neb. Apollo,
3 u. 7. Pr. Mk. 100, 90, 80.

Apollo-Theater.
Anfg. 8 Uhr:
Der Graf v. Luxemburg.
Vorverk. 9–1 u. 5–7.

Stadt-Theater
Sonnabend, d. 31. Juli. Letzte Vorstellung in dieser Spielzeit.
Anf. 6, Ende n. 11 Uhr:
„Die Meistersinger von Nürnberg".
Sonntag:
Sondervorstellung zum Besten der Wohlfahrtskassen:
Hoheit tanzt Walzer.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Kassengeschäfte des Finanzamtes I (Stadtkreis Halle) sind jetzt von der Kreiskasse II getrennt.

Die Kreiskasse II (Stadtkreis) hat mit Steuererhebung nichts mehr zu schaffen. Die neue Kasse des Finanzamtes I führt die Dienstbezeichnung „Finanzkasse I Halle (Saale)". Sie ist dem Reichsbankgiro konto angeschlossen und hat Postscheckkonto 106517 beim Postscheckamt Leipzig. Ihr Kassenlokal befindet sich bis auf weiteres Dr. Jandestr. 10. II. Kassenstunden sind auf werktäglich 8 bis 12 Uhr vormittags festgesetzt.

Die Erhebung der Einkommen- und Kriegssteuern im Stadtkreis Halle erfolgt in alter Weise durch die städtische Steuerkasse, Rathausstraße 1.

Die große Zahl von Personen, die mit der Zahlung der Kapitalertragsteuer rückständig ist, wird aufgefordert, die Beträge sofort an die Finanzkasse einzuzahlen. Die Zusendung einer Quittung erfolgt nur gegen vorherige Zahlung von 40 Pfennig Briefporto.

Halle (Saale), den 28. Juli 1920.
Finanzamt I.
Dr. Loeffler, Regierungsrat.

In das Handelsregister Abt. A ist heute unter Nr. 2 65 die offene Handelsgesellschaft in Firma **Rudolph & Schirring** mit dem Sitz in Halle eingetragen. Die Gesellschafter sind der Kaufmann **Erich Rudolph** und der Kaufmann **Alfred Schirring** beide in Halle. Die Gesellschaft hat am 24. Juli 1920 begonnen.

Halle, den 27. Juli 1920.
Das Amtsgericht, Abt. 19.

In unser Handelsregister Abt. A Nr. 2653 betr. die offene Handelsgesellschaft H. **Paul Beige** in Halle ist heute eingetragen: Dem Ober-Ingenieur **Max Boetzger** in Halle ist Prokura erteilt.

Halle, den 28. Juli 1920.
Das Amtsgericht, Abt. 19.

In das Handelsregister Abt. B Nr. 395 ist bei der Firma **Baartz & Dumas,** Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Halle, heute eingetragen: Durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 26. Juni 1920 ist die Gesellschaft aufgelöst und der Kaufmann **Richard Baartz** in Halle zum Liquidator bestellt.

Halle, den 26. Juli 1920.
Das Amtsgericht, Abt. 19.

In das Handelsregister Abt. A ist heute unter Nr 2964 die offene Handelsgesellschaft in Firma **Gebr. Pfeiffer & Bock** mit dem Sitz in Halle eingetragen. Die Gesellschafter sind die Kunstfeuerwerker **Hermann Walter** und **Johannes Pfeiffer** und der Kaufmann **Gustav Bock,** sämtlich in Halle. Zur Vertretung der Gesellschaft ist nur der Gesellschafter **Gustav Bock** jeweils in Gemeinschaft mit einem anderen Gesellschafter ermächtigt. Die Gesellschaft hat am 2. Juli 1920 begonnen.

Halle, den 26. Juli 1920.
Das Amtsgericht, Abt. 19.

In das Handelsregister Abt. B Nr. 436 ist bei der Firma **Fr. Sternemann & Co.,** Hanseatische Maschinen- und Motorpflug-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Halle, heute eingetragen: **Christian Uhlig** ist nicht mehr Geschäftsführer. **Carl Frien** und **Anna Hanke** sind zu Geschäftsführern mit der Maßgabe bestellt, daß ein jeder von ihnen zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt ist.

Halle, den 28. Juli 1920.
Das Amtsgericht, Abt. 19.

Erdal Schuhputz

Bedenke,
daß man klug vermeidet
worunter Schuh und
Leder leidet.
Hingegen wählt man
mit viel Nutzen
Erdal, um seine Schuh
zu putzen!

schwarz / gelb / braun / rotbraun
Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz

Sonnabend beginnt unser **Räumungs-Ausverkauf.** **S. Weiss,** Am Markt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200730035/fragment/page=0004